

Zweite Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte in Hamburg

Im Oktober 2012 hatten das Netzwerk der Hamburger Stadtteilbeiräte und AktivistInnen aus dem Netzwerk Recht auf Stadt die „Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte“ formuliert und beschlossen. Innerhalb kurzer Zeit unterzeichneten rund 20 Stadtteilbeiräte, diverse mit Stadtteilfragen befasste Organisationen und Vereinigungen sowie mehr als 50 Einzelpersonen die Resolution. Auch in die Hamburger Politik hat das Anliegen Eingang gefunden. Im Rahmen der Haushaltsdebatte im November/Dezember 2012 haben gleich mehrere Bürgerschaftsfraktionen Anträge zur besseren finanziellen Absicherung der Stadtteilbeiräte in Hamburg gestellt. Doch diese Anträge wurden von der Parlamentsmehrheit abgelehnt.

Wir begrüßen die auch von der Hamburger Politik vermehrt geführte Diskussion um die Partizipation im Allgemeinen und die Bedeutung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte im Besonderen. Schließlich geht es um nicht weniger als das Funktionieren unserer Metropolgesellschaft im 21. Jahrhundert, die mehr BürgerInnenbeteiligung und Stadtteildemokratie denn je erforderlich und sowieso wünschenswert macht.

Doch die Realität sieht anders aus. Etwa die Hälfte der Hamburger Stadtteilbeiräte wird 2013/14 auslaufen, hier und da vielleicht noch um die kurze „Nachsorgephase“ von einem Jahr verlängert. Die Ursache: Der Senat hält daran fest, dass solche Beteiligungsgremien nur dann eingerichtet und finanziell unterstützt werden, wenn und solange das betreffende Gebiet in ein behördliches Förderprogramm eingebunden ist. Ohne Förderprogramm keine BürgerInnenbeteiligung, so die gegenwärtige Senatsphilosophie.

Die Beiräte sind im Wesentlichen an das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) gekoppelt. Dieses sieht eine Stadtteolförderung inklusive Beteiligungsgremien immer nur für einige wenige Jahre vor. Hier und da entscheiden allerdings auch Wohlwollen und Interessenslage der parlamentarischen Mehrheiten über die Einrichtung eines neuen Stadtteilbeirats, wie die Beispiele St. Pauli (wurde abgelehnt) und HafenCity (soll kommen) im Bezirk Mitte veranschaulichen.

Natürlich stellt niemand die BürgerInnenbeteiligung, nicht einmal die Beiratsstrukturen grundsätzlich infrage. Doch wenn es um die Verstetigung oder gar Ausweitung der Stadtteilbeiräte, also um die finanzielle Absicherung, die professionelle Begleitung und die daraus resultierende Wertschätzung von Politik und Verwaltung geht, dann kneifen die Verantwortlichen. Von „selbsttragenden Strukturen“ als Ziel für die Beiratsarbeit ist beim Senat neuerdings gehäuft die Rede, also davon, dass sich gerne Menschen vor Ort zusammensetzen könnten, um ihre Stadtteilbelange zu besprechen, aber eben ohne städtische Unterstützung ...

Wie die Erfahrung zeigt, ist es ausgesprochen schwierig, ja meist unmöglich, ein selbstorganisiertes und vor allem selbstfinanziertes vergleichbares Gremium auf Dauer zu halten. Durch das Fehlen eines Stadtteilbüros oder anderer Stellen, welche sich um die Organisations- und Vermittlungsarbeit kümmern, wird das Engagement von ehrenamtlichen Beiräten überfordert. Zudem findet ein solch „freiwilliger“ Zusammenschluss in der Regel nicht das Gehör bei Politik und Verwaltung, wie ein im bezirklichen und städtischen Leben verankerter Stadtteilbeirat. Wer es ernst meint mit BürgerInnenbeteiligung und Demokratie vor Ort kommt also um abgesicherte, d.h. politisch gewollte und finanziell geförderte Beiratsstrukturen nicht herum. Und dazu gehören nicht zuletzt die Verfügungsfonds, mit

denen viele kleinere und mittlere Projekte und damit das Gemeinschaftsleben in den Stadtteilen spürbar gefördert werden.

Vor diesem Hintergrund fordern die UnterzeichnerInnen der Resolution:

1. Entkoppelung der Quartiers- und Stadtteilbeiräte von RISE- oder anderen Förderprogrammen, stattdessen Schaffung eines eigenen Etatpostens „Stadtteilbeiräte“ im nächsten Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg
2. Erhalt und Verstetigung aller existierenden Sanierungs-, Quartiers- und Stadtteilbeiräte mit der entsprechenden finanziellen, personellen und räumlichen Ausstattung
3. Einrichtung von Stadtteilbeiräten mit der nötigen finanziellen, personellen und räumlichen Ausstattung überall dort, wo dieser Wunsch geäußert wird
4. Verankerung von Verfügungsfonds für alle Quartiere mit Stadtteilbeiräten
5. Initiativrecht und regelhafte, frühzeitige Einbindung und Beteiligung der Stadtteilbeiräte, z.B. bei Planungsverfahren
6. Gesetzliche und verfassungsmäßige Absicherung von Beteiligungsstrukturen und Mitwirkungsrechten auf Stadtelebene

Das Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte, 16.7.2013

Die Liste der Unterzeichner (Stand 10. April 2014)

Stadtteilbeiräte, Stadtteilräte

Stadtteilbeirat Appelhoff
Stadtteilrat Barmbek-Nord
Stadtteilrat Barmbek-Süd
Sanierungsbeirat Barmbek-Nord S1 Fuhlsbüttler
Straße
Borner Runde
Stadtteilrat Dulsberg
Bürgerforum Eidelstedt*
Beirat Eidelstedt-Nord
Stadtteilbeirat Essener Straße
Stadtteilversammlung Großlohe*
Stadtteilbeirat Hohenhorst*
Stadtteilbeirat Iserbrook
Quartiersbeirat II Jenkelweg/Archenholzstraße
Stadtteilbeirat Langenfort
Luruper Forum
Sanierungsbeirat Mümmelmannsberg
Quartiersbeirat Münzviertel

Stadtteilbeirat Schnelsen-Süd **
Stadtteilbeirat Steilshoop
Stadtteilbeirat St. Georg
Stadtteilbeirat Veddel
Beirat für Stadtentwicklung Wilhelmsburg
Sanierungsbeirat Wohlwillstraße
Andere Initiativen und Gruppen
Barmbeker Ratschlag
Initiative „Wir sind Eppendorf“
Standpunkt Schanze e.V.

* Zustimmung mit Ausnahme zu Punkt 6

** Zustimmung mit Ausnahme zu Punkt 3